



Sehr geehrte österreichische Bundesregierung!

Fassungslos blicken wir auf die sich aktuell überschlagenden Ereignisse in Afghanistan. Der Einmarsch der Taliban nach Kabul ist so schockierend wie wenig überraschend, denn seit langer Zeit weisen Expert_innen auf die sich immer weiter zuspitzende und überaus gefährliche Lage in Afghanistan hin.

Während andere Staaten gerade alles in Bewegung setzen, um Menschen aus der Krisenregion zu evakuieren, denkt man in Österreich darüber nach, Schutzsuchende dorthin zurückzuschicken. Dass Abschiebungen nach Afghanistan noch immer nicht endgültig vom Tisch sind, können wir kaum glauben.

Wir als Österreichische Hochschüler_innenschaft verfassen diesen Brief, da wir nicht weniger fordern als die Wahrung der Menschenrechte. Aktuell sehen wir sie mit Füßen getreten. Schon viel zu viele Menschen haben beim Versuch ein Kriegsgebiet zu verlassen oder nach einer Abschiebung in ebendieses ihr Leben verloren. Ihr Tod wurde bewusst in Kauf genommen. Dieses unmenschliche Handeln muss ein Ende haben.

Unserer Generation wurde das Versprechen einer Europäischen Union der Menschenrechte gemacht. Dieses Versprechen ist zu einer leeren Hülle geworden und es bricht uns das Herz.

Während die Zahl der Flüchtenden weltweit steigt, schottet sich die Europäische Union, die sich einst als Union des Friedens und der Menschenrechte rühmte, immer weiter ab. Statt Menschenleben zu schützen, wird dem Sterben im Mittelmeer zugesehen und das Recht auf ein faires Asylverfahren durch illegale Pushbacks missachtet. Griechenland hat bereits jetzt angekündigt, Menschenrechte zu ignorieren und Schutzsuchende aus Afghanistan abzuweisen.

Gerade in Österreich haben wir nach unserer dunklen Vergangenheit eine historische Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt einzutreten. Die Wahrung der Menschenrechte und die internationale Solidarität sind unsere Pflicht.

Wir fordern deshalb den Stopp sämtlicher Abschiebungen nach Afghanistan. Menschen nach Afghanistan abzuschicken bedeutet, ihren Tod in Kauf zu nehmen.

Weiter fordern wir die Solidarität Österreichs und der Europäischen Union mit all jenen, die jetzt akut durch die islamistische Taliban in Afghanistan bedroht sind - diese Solidarität bedeutet die Schaffung sicherer Fluchtrouten und einer Luftbrücke aus Kabul. Es muss alles in Bewegung gesetzt werden, um diese Menschen jetzt umgehend zu evakuieren, denn aktuell zählt jede Stunde im Kampf um Leben und Tod. Handeln Sie jetzt!

Hochachtungsvoll,

das Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung.